



HESSISCHER LANDTAG

10. 12. 2015

Plenum

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Darmstadt führender Standort für IT-Sicherheitsforschung in Deutschland und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass inzwischen alle Bereiche der Gesellschaft von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) durchdrungen sind. Dies gilt mittlerweile nicht mehr nur für Industrie, Handel oder Banken, Wasser- und Stromversorgung oder das Gesundheitswesen, sondern auch für wesentliche Bereiche des privaten Lebensumfelds. Die Benutzung von Smartphones, Tablets, internetfähigen Fernsehgeräten oder sonstigen vernetzten Geräten ist alltäglich geworden. Diese Vernetzung ist mit vielen Chancen und Möglichkeiten verbunden. Sie zeitigt jedoch auch Nachteile, da hierdurch z.B. zentrale Infrastrukturen des öffentlichen Lebens wie auch der Wirtschaft verletzbarer geworden sind.
2. Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung von Bund und Land Hessen zur Schaffung des größten europäischen Kompetenzzentrums für IT-Sicherheitsforschung in Europa, "Center for Research in Security and Privacy (CRISP)", erfährt Darmstadt als größter Standort für IT-Sicherheitsforschung in Deutschland und Europa aus Sicht des Landtages eine enorme Aufwertung. Im CRISP werden hierfür das "European Center for Security and Privacy by Design (EC-SPRIDE)" und das LOEWE-Zentrum "Center for Advanced Security Research Darmstadt (CASED)" zusammengefasst. Das CRISP wird seinen Forschungsschwerpunkt auf "Security at Large" legen, um auf diese Weise neue Methoden und Lösungsansätze für die IT-Sicherheit und den Schutz der Privatsphäre in sehr großen komplexen und vernetzten Systemen der Informations- und Kommunikationstechnik zu entwickeln. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert CRISP in den kommenden vier Jahren mit rund 17 Mio. €, das Land Hessen wird bis 2018 knapp 9 Mio. € zusätzlich investieren.
3. Nach Auffassung des Landtages hat das Land mit dem LOEWE-Programm eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung des CRISP in Darmstadt geschaffen. So wurde das CASED im Zeitraum 2008 bis 2016 aus LOEWE-Mitteln mit 36,5 Mio. € (zzgl. 9 Mio. € Baumittel) unterstützt. CASED bündelte hierbei die Kompetenzen der Technischen Universität Darmstadt, des Fraunhofer-Institutes für Sichere Informationstechnologie (SIT) und der Hochschule Darmstadt im Bereich IT-Sicherheit. Zu den Erfolgen des Zentrums zählte auch die 2011 gelungene Einwerbung des vom Bundesforschungsministerium finanzierten IT-Kompetenzzentrums für IT-Sicherheit EC-SPRIDE. Zudem fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) an der TU Darmstadt seit Oktober 2014 den neuen Sonderforschungsbereich (SFB) "Cryptography-Based Security Solutions: Enabling Trust in New and Next Generation Computing Environments (CROSSING)". Es ist der erste und bislang einzige SFB in Deutschland im Cybersicherheitsbereich. Damit wird die Exzellenz der Grundlagenforschung am Standort Darmstadt nochmals unterstrichen.
4. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die Hebrew University Jerusalem (HUJI), Israels Spitzenuniversität und führende Forschungseinrichtung, und das SIT in Darmstadt vereinbart haben, gemeinsam das "Fraunhofer Project Center for Cybersecurity" in Jerusalem ins Leben zu rufen. An der HUJI ist eine der weltweit führenden Forschungseinrichtungen und eines der besten Forschungsteams Israels im Bereich Cybersicherheit beheimatet. Geplant ist, gemeinsam Forschungsprojekte durchzuführen, gemeinsame Plattformen für Experimente sowie Forschungslabore einzurichten und ein starkes Netzwerk mit Partnern aus Industrie, Regierungseinrichtungen und anderen Forschungsorganisationen aufzubauen. Das geplante Zentrum soll die führende Ein-

richtung für angewandte Cybersicherheitsforschung sowohl in Israel als auch weltweit werden. Die Unterzeichnung des entsprechenden "Memorandum of Understanding" erfolgte während des Besuches des Ministerpräsidenten Volker Bouffier in Israel im Rahmen seiner Bundesratspräsidentschaft.

5. Der Landtag bittet die Landesregierung, auf dieser Grundlage ihre Anstrengungen in diesem Bereich fortzusetzen und gemeinsam mit den zuständigen Akteuren in Forschung und Lehre sowie in der Wirtschaft die Bedeutung von "IT-Sicherheit" bekannter zu machen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen müssen hier durch konkrete Beratungsleistungen bei der Verbesserung ihres Schutzes unterstützt werden.

Begründung:

Gut die Hälfte (51 %) aller Unternehmen in Deutschland ist nach einer aktuellen Studie des "Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM)" in den vergangenen zwei Jahren Opfer von digitaler Wirtschaftsspionage, Sabotage oder Datendiebstahl geworden. Der am stärksten gefährdete Wirtschaftszweig ist demnach die Automobilindustrie. Es folgen die Chemie- und Pharma-Branche sowie Banken und Versicherungen. Nach Berechnungen des BITKOM beläuft sich der entstandene Schaden für die gesamte deutsche Wirtschaft auf rund 51 Mrd. € pro Jahr. Laut Umfrage sind mittelständische Unternehmen mit 61 % hierbei am stärksten von Spionage- oder Sabotageakten betroffen.

Das DIW geht in seiner Untersuchung "Tatort Internet: Kriminalität verursacht Bürgern Schäden in Milliardenhöhe" (2015) davon aus, dass sich die Schäden allein für Privatpersonen in den vier besonders bedeutsamen Kategorien der Internetkriminalität - Phishing, Identitätsbetrug, Waren- und Dienstleistungsbetrug sowie Angriffe mit Schadsoftware - auf insgesamt 3,4 Mrd. € pro Jahr belaufen.

Bereits heute arbeiten in Darmstadt mehr als 400 Forscherinnen und Forscher am Schutz von digitalen Daten, Diensten, Geräten und Infrastrukturen, mit steigender Tendenz. Der Standort zählt in diesem Bereich über 2.000 Studierende und zeichnet sich durch einen hohen Anwenderbezug aus.

Wiesbaden, 8. Dezember 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)